



Tätigkeitsbericht 2005/2006

**Bericht über Politik und Aktivitäten des Bundesverbandes der Europa-Union Deutschland
für den Zeitraum 26. November 2005 bis 30. November 2006**

Vorgelegt zum Bundeskongress in Bremen
durch das Generalsekretariat

Berlin, 30. November 2006

Inhalt:

1	Vorwort.....	2
2	Europapolitik	3
3	Organisation	4
3.1	Gremien.....	4
3.2	Bundesarbeitsgemeinschaften	6
3.3	Parlamentarische Arbeit	7
3.4	Öffentlichkeits- und Medienarbeit.....	8
3.5	Generalsekretariat und Service.....	10
3.6	Mitgliederentwicklung	11
3.7	Jugend/JEF	11
3.8	International.....	12
3.9	Netzwerk Europäische Bewegung	12
4	Aktivitäten, Projekte & Kampagnen	12
4.1	Der Nutzen der EU für die Menschen	13
4.2	Internationale Projekte	13
4.3	Zentrale Veranstaltungen	14
4.4	Regionale Veranstaltungen, Seminare und Aktionen	15
4.5	Parlamentarisches Forum Europas Verfassung	17
4.6	www.mein-mdep.de.....	18
4.7	Europa-Informationen und Publikationen.....	19
4.8	Internetnetzwerk	19

1 Vorwort

Wenige Wochen vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft blickt die Europa-Union Deutschland zurück auf sechs Jahrzehnte ehrenamtliches Engagement für die europäische Integration. Am **9. Dezember 1946** initiierte Wilhelm Heile die Gründung der Europa-Union Deutschland im Landkreis Hoya, damals noch britische Besatzungszone in einem von Terror und Krieg gebeutelten Land. Die Gründerväter der Europa-Union hatten in diesen Jahren die Zukunft fest im Blick. Es ging um nichts anderes, als um die Sicherung der menschlichen Existenz und Friedenssicherung auf dem Kontinent.

Genau 60 Jahre später, am **9. Dezember 2006** könnte sich die Europa-Union Deutschland – vordergründig gesehen – zurücklehnen und mit Stolz auf die erreichten politischen Ziele zurückblicken. Denn der alte Kontinent hat viel zustande gebracht: einen funktionierenden Binnenmarkt mit zahlreichen Freiheiten gerade auch für die Bürgerinnen und Bürger, eine ungewöhnlich starke gemeinsame Währung, ein Europäisches Parlament, das seinen Namen verdient. Vor allem ist der Kontinent nach Jahrzehnten der Teilung vereint. Die Mauer und der Kalte Krieg scheinen fast vergessen.

Nicht wenigen gaben die offensichtlichen Errungenschaften der europäischen Integration Anlass zur Feststellung, dass die Europa-Union Deutschland ihre Schuldigkeit getan habe.

Dann kam der Schock der französischen und niederländischen **negativen Verfassungsreferenden**. Das Projekt war von der Europa-Union über Jahre mit Nachdruck unterstützt worden. Die Absage der Bürgerinnen und Bürger an die Verfassung zeigte die Schattenseite einer rasanten Erfolgsgeschichte. Viele kommen in Zeiten des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruchs mit dem Tempo der Integration einfach nicht mehr mit. Gleichzeitig hat der Integrationsgrad so weit zugenommen, dass die Politikebene Europa mittlerweile fast alle Lebensbereiche der Europäerinnen und Europäer erreicht hat: Europa ist in der letzten Hütte. Diese Erkenntnis wird nicht nur positiv aufgenommen.

Die Europa-Union Deutschland hat 2005/2006 auf diese Entwicklung reagiert. Programmatisch hat sie klar Kurs gehalten. Für sie ist die Verfassung weiterhin eine großartige und notwendige Möglichkeit, um die Europäische Union für die Erweiterung und das demokratische Funktionieren der Institutionen fit zu machen. Gleichzeitig aber hat sie sich verstärkt den so genannten Bürgerthemen geöffnet. Der Potsdamer Kongress 2005 gab mit seinem Motto „**Europa nützt uns!**“ den Startschuss für eine stärkere Beschäftigung mit den Auswirkungen der europäischen Integration auf die Menschen und auf Deutschland. Die zusammen mit dem Netzwerk Europäische Bewegung in Auftrag gegebene Studie „Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?“ hat nicht nur in der Fachöffentlichkeit eine große Aufmerksamkeit erfahren.

Was den Mitgliedern der Europa-Union Deutschland wie auch vielen anderen Europabewegten im Großen und Ganzen immer klar war, ist nun mit dieser umfangreichen Studie wissenschaftlich unterstrichen worden. Die EU ist im vitalen Interesse Deutschlands! Die ständige einseitig negative Darstellung europäischer Politik gefährdet das Funktionieren der Europäischen Union. Das Presseecho auf die Studie zeigte, dass Europa auch für positive Schlagzeilen gut ist, befördert von der Europa-Union und ihren Mitgliedern.

Elmar Brok MdEP

Präsident

Bernd Hüttemann

Generalsekretär

Die **Bürgerinitiative Europa-Union Deutschland** ist auch im Berichtszeitraum 2005/2006 ihrer Aufgabe gerecht geworden, zu einem besseren Verständnis zwischen Europapolitik und Öffentlichkeit beizutragen. Die Europa-Union Deutschland besteht aus Bürgerinnen und Bürgern und koppelt ihre politisch programmatische Arbeit stets an die Frage, wie die Europapolitik bürgernäher gestaltet werden kann. Im Berichtszeitraum 2005/2006 kam es zur konsequenten Entwicklung bürgernaher Themen. Hierzu gehört zunächst der Verfassungsprozess.

„**Der Europäische Verfassungsprozess muss weitergehen**“ lautete die Kernaussage des Potsdamer Kongresses, verstärkt von weiteren Stellungnahmen im Laufe des Jahres 2006. Der aktuelle Leitantrag des Präsidiums an den Kongress 2006 ermuntert die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Sinne der Erhaltung der europäischen Verfassung fortzufahren. Die Europa-Union Deutschland erwartet, dass die Bundesregierung im Lichte der Wahlergebnisse im Herbst diesen Jahres in den Niederlanden und im Frühjahr 2007 in Frankreich über einen bloßen Sachstandsbericht und Fahrplanempfehlungen zum weiteren Vorgehen in der Verfassungsfrage hinaus ein Konzept zur Annahme und Verwirklichung des Verfassungsvertrages vorlegt. Dabei müssen die politische und rechtliche Substanz des Verfassungsvertrages und seine wesentlichen Elemente (insbesondere Teil I und II) erhalten bleiben. Darüber hinaus sollte den Bedenken in einigen zögernden EU-Staaten hinsichtlich der als zu schwach empfundenen sozialen Dimension der EU durch die Beifügung eines Protokolls oder einer Erklärung Rechnung getragen werden.

Die Europa-Union unterstrich 2005/2006, dass die EU in ihrer Gesetzgebung und auch in ihrer Zuwendungspolitik bürgernäher werden müsse. Sie zeigte sich aber auch skeptisch, inwiefern die Bundesregierung und die Europäische Kommission tatsächlich die **Rahmenbedingungen für einen echten Bürgerdialog** schaffen. Die Mittel für die Bürgergesellschaft, den Dialog basisnah und dezentral zu organisieren sind schon seit der letzten Legislaturperiode zurückgefahren worden. Ein Trend, der sich nur wenig abgeschwächt hat. Die von der Bundesregierung mitbetriebene Verwaltungspartnerschaft mit der Europäischen Kommission nutzt 100% EU-Mittel und entlastet den Bundeshaushalt und lässt den europäischen Initiativen der deutschen Bürgergesellschaft kaum Raum.

Positiv entwickelte sich die internationale Kooperation, wiederum mit der Europäischen Kommission: Mit einem simulierten Gerichtsverfahren, bei dem die Handelspolitik der EU sich dem Votum von über 300 Bürgern stellen musste, ist in Brüssel der Startschuss für die europaweite Kampagne „Speak Up Europe – Menschen bilden Europa“ gefallen. Die Kampagne wird im ersten Halbjahr 2007 über 150 Bürgerdebatten zu kontroversen Themen initiieren sowie in 20 Sprachen einen Onlinedienst mit konkreten Argumenten für den Nutzen der EU-Mitgliedschaft starten. In Deutschland wird die Kampagne von der Europa-Union Deutschland und ihrem Jugendverband JEF sowie dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland durchgeführt. Die europaweite Koordination liegt in den Händen der Dachverbände Europäische Bewegung International (EMI) und UEF.

Die „**Europäische Innenpolitik**“ war ein besonderer Schwerpunkt der politischen Arbeit 2005/06. Hier hat die Europa-Union unterschiedliche Akzente gesetzt. Die Studie „**Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?**“ war zunächst ein Steinbruch für sachliche Argumente, den Bürgerinnen und Bürgern den Nutzen, aber auch die Kosten der europäischen Integration darzustellen. Die verbreitete Wahrnehmung in Deutschland, die EU wäre für die schwache Wirtschaft in Deutschland verantwortlich, entspricht nach Ansicht der Autoren nicht den wirtschaftlichen und politischen Realitäten. Die Europa-Union unterstrich besonders die positive Bilanz für die Nettozahlerposition Deutschlands. Auch wenn Deutschland in den kommenden Jahren Nettozahler bleiben werde, könnten schon die wirtschaftlichen Vorteile des EU-Binnenmarktes diese Belastung aufwiegen. Europa sei somit nicht die Ursache für Deutschlands wirtschaftliche Lage, sondern Teil der Lösung. Insgesamt zeigt die Studie nicht nur den dringenden Reformbedarf in Deutschland in Sachen Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch das enorme Defizit an europapolitischer Koordinierung, dessen Beseitigung die Europa-Union Deutschland schon im Sommer 2005 anmahnte.

Parallel fand eine ausgiebige interne Diskussion der lokalen und regionalen Strukturen zur Strategie der Europa-Union statt. Im **Strategiepapier** nimmt die europäische Bürgerdebatte und der Nutzen der europäischen Integration für die Menschen einen besonders großen Raum ein. Das europäische Tagesgeschäft nimmt auch in der Vorbereitung des Kongresses 2006 einen größeren Raum ein. Hier ist der Leitantrag des Präsidiums zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu nennen.

Im Bereich der Erweiterung setzte sich die Europa-Union besonders für die Versachlichung der Diskussion ein. Der Beschluss „**Die Grenzen Europas**“ beschreibt noch einmal klar, dass der Beitritt

zur Wertegemeinschaft Europäische Union an Bedingungen geknüpft ist. Er zeigt aber auch, dass die Erfüllung der Bedingungen die Eintrittskarte in die EU nur insoweit ist, solange auch die EU selbst ihre internen Hausaufgaben gemacht hat.

Auch in der politischen Kommunikation mit EU-Akteuren hat die Europa-Union ihre Arbeit intensiviert. Insbesondere der Kontakt mit den Mitgliedern der Europa-Union im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag wurde intensiviert. Ein Ausbau der **Europa-Union-Parlamentarierarbeit** in die Landesparlamente wird angestrebt.

Im Bund, aber auch vor Ort setzt sich die Europa-Union Deutschland weiterhin für eine verstärkte **europapolitische Bildungsarbeit** ein. Der Europäische Wettbewerb, der Schülerinnen und Schüler direkt an das Thema Europa heranführt und zur Auseinandersetzung animiert, konnte im Berichtszeitraum mit Hilfe des Trägers Netzwerk Europäische Bewegung und dem Hauptgeldgeber Bundesregierung stabilisiert werden.

3 Organisation

Die politische Arbeit der Gremien und Arbeitskreise der Europa-Union Deutschland stand im Zeichen der Diskussion um die Zukunft Europas und des Europäischen Verfassungsvertrages im Rahmen der Reflexionsphase sowie dem Ausblick auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2007. Im Mittelpunkt der inhaltlichen Arbeit stand die nachhaltige Darstellung des Nutzens der Europäischen Union für die Bürgerinnen und Bürger. Zu den zentralen Themen wurden politische Stellungnahmen und Argumentationshilfen erarbeitet und verabschiedet. Auf allen Verbandsebenen fanden im Rahmen der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit eine Vielzahl von Aktivitäten und Projekten statt.

Die innerverbandliche Debatte war geprägt von der Diskussion zur Strategie der künftigen Arbeit der Europa-Union.

Die Organisation der Europa-Union fußt auf dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder, der Beschlüsse des Bundeskongresses, des Bundesausschusses und der Beschlüsse bzw. Teamarbeit des Präsidiums und des Generalsekretariats.

3.1 Gremien

3.1.1 Bundesausschuss und Präsidium

Der 51. Ordentliche Kongress hat am 27. November 2005 wesentliche personelle Entscheidungen für die Verbandsführung in den Jahren 2006/2007 getroffen, die mit den Wahlen durch den Bundesausschuss am 28. Januar 2006 ergänzt wurden.

Im Berichtszeitraum gehörten dem **Präsidium** an: Präsident Elmar Brok MdEP, die Vizepräsidenten Ernst Johansson, Ulla Kalbfleisch-Kottsieper und Thomas Mann MdEP, Schatzmeister Dr. Franz Schoser, als weitere Mitglieder des Präsidiums: Peter Altmaier MdB (berufen), Ernst-Ludwig Göpfert, Dr. Lutz Hager, Marco Hardt, Dr. Heinrich Hoffschulte, Hildegrad Klär, Dr. Dietrich von Kyaw (berufen), Jo Leinen MdEP, Michael Georg Link MdB (berufen), Jürgen Lippold, Dieter Lubeseder, Elke Pütz, Michael Roth MdB (berufen), Heide Rühle MdEP, Heinz-Wilhelm Schaumann, Rainer C. Schröer, Wolfram Schulz-Streck, Prof. Dr. Martin Seidel, Rainer Steenblock MdB (berufen), Rainer Wieland MdEP, Otto Wolff von Amerongen (berufen).

Das Präsidium tagte im Jahr 2006 am 28.1., 20.5. und 28.10. Präsident und Geschäftsführung des Bundesverbandes gaben im Rahmen aller Zusammenkünfte einen Bericht über die aktuelle Lage des Verbandes, ihre Tätigkeit und Initiativen ab. Die Aussprache zu aktuellen europapolitischen Fragen und den damit verbundenen Aufgaben für die Europa-Union stand in der Regel auf der Tagesordnung der Sitzungen. Die Einführung hierzu erfolgte durch den amtierenden Präsidenten.

Neben der Erörterung der Arbeits- und Aktionsschwerpunkte des Verbandes, der Vorbereitung der Bundesausschusssitzungen und des Bundeskongresses sowie der Arbeit der Kommissionen des Bundesverbandes war die Tätigkeit des Präsidiums von den Bemühungen bestimmt, die finanzielle, organisatorische und politische Handlungsfähigkeit des Bundesverbandes zu sichern.

In diesem Zusammenhang standen und stehen auch Bemühungen um die Verbesserung der Rahmenbedingungen und Pläne zur Europakommunikation im Vorfeld und während der deutschen Ratspräsidentschaft. Entsprechend eines Beschlusses des Präsidiums vom 20. Mai 2006 hat sich der Präsident in einem Schreiben an die Bundesregierung und die Europäische Kommission mit der Bitte gewandt, dem dringend benötigten europapolitischen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zum Erfolg zu verhelfen, indem u. a. ausreichend Mittel für die Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt werden, um den Dialog basisnah und dezentral organisieren zu können. Er führte hierzu im September ein Gespräch mit dem Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Staatssekretär Wilhelm. Erörtert wurden die Thesen der Europa-Union zur Verbesserung der Einbindung der Zivilgesellschaft in die Europa-Kommunikation der Bundesregierung und konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Europa-Union während der Deutschen Ratspräsidentschaft 2007. Ergebnis war, dass bei der Planung von Aktionen der Bürgerbeteiligung seitens des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung die Europa-Union in die Vorbereitung direkt eingebunden wird. Es wurde anerkannt, dass das Ehrenamt vor Ort verstärkt Berücksichtigung finden und genutzt werden sollte.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > Präsidium

Der **Bundesausschuss** ist in der Zeit zwischen den Kongressen laut Satzung das oberste Organ des Verbandes. Er setzt sich aus dem Präsidium, mindestens zwei Delegierten jedes Landesverbandes und fünf Delegierten der JEF sowie bis zu 15 persönlichen Mitgliedern zusammen. Am 28.1.2006 wurde Franz Josef Klein in seinem Amt als Vorsitzender des Bundesausschusses bestätigt, ebenso die stellvertretenden Vorsitzenden Prof. Dr. Joachim Gasiel und Rainer B. Giesel. Zu persönlichen Mitgliedern wurden gewählt: Reinhard Burdinski, Inge Dohrmann-Nowak, Prof. Dr. Joachim Gasiel, Dr. Roland Giebenrath, Rainer B. Giesel, Roland von Hunnius MdL, Reinhard Klemz, Dr. Hans Pragst, Axel Schäfer MdB, Felix B. Schlosser, Dr. Jutta Schmitz-Rixen, Dr. Otto Schmuck, Wolfgang Schulze, Albert Seiz.

Der Bundesausschuss trat im Berichtszeitraum dreimal zusammen: am 28.1., 20.5. und 28.10.2006. Neben den Fragen zur Entwicklung des Verfassungs- und Reformprozesses und der Unionserweiterung wurden auf den Tagungen auch „bürgernahe“ Themen erörtert: Mit einem Beschluss vom 20. Mai werden die Pläne der Europäischen Kommission unterstützt, die Mobilfunkanbieter mit einer Verordnung zu zwingen, die überhöhten Roaming-Gebühren bei Mobilfunkgesprächen ins europäische Ausland abzuschaffen. Der Bundesausschuss befasste sich ferner mit Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit und Initiativen zur Aufrechterhaltung und Fortführung des Europäischen Wettbewerbs, für den sich die Europa-Union insbesondere auf Länderebene nachhaltig engagiert. Die Kampagne „Europa nützt uns“ und die Nachbereitung der Studie „Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands?“ für die Arbeit vor Ort (vgl. Punkt 4.1) waren ebenfalls Gegenstand der Diskussion und Beschlussfassung. Weitere Themen waren die internationale Arbeit im Rahmen der UEF und Fragen der Verbesserung der Mitwirkung der Europa-Union in den UEF-Gremien.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > Bundesausschuss

3.1.2 *Kongress*

Der 51. Ordentliche **Kongress** fand am 26. und 27.11.2005 in Potsdam statt. Die rund 250 Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland erlebten eine inhaltlich anspruchsvolle, arbeits- und erfolgreiche Tagung.

Unter dem Motto „Europa nützt uns“ diskutierte der Kongress über die Vorteile der Europäischen Integration für die Bürger, die Perspektiven des Integrationsprozesses und Wege aus der „Verfassungskrise“. Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs und Brandenburgs Europastaatssekretär Dr. Gerd Harms betonten in ihren Grußworten die wichtige Rolle der Regionen und Kommunen in Europa. Mit ihren Redebeiträgen lieferten Präsident Elmar Brok MdEP, der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Günter Verheugen, der neue Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Peter Altmaier MdB, und der britische Botschafter Sir Peter Torry wichtige Impulse für eine intensive und konstruktiv geführte politische Debatte. Zwei Arbeitsgruppen zu den genannten Themen boten Gelegenheit, gemeinsam mit Experten aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aktuelle Fragen und künftige Herausforderungen zu erörtern und entsprechende Politikkonzepte zu entwickeln.

Die Ergebnisse der politischen Diskussion fanden ihren Niederschlag in sechs Positionspapieren und Sachbeschlüssen, darunter der Aufruf „Der Europäische Verfassungsprozess muss weitergehen“, eine Stellungnahme zu den Grenzen Europas, eine Resolution zur Region Königsberg/Kaliningrad, die Aufforderung an die Ministerpräsidenten der Länder, an der gemeinsamen Finanzierung des Europäischen Wettbewerbs festzuhalten, die Forderung nach Gleichsetzung von nationalen und europäischen Symbolen bei staatlichen feierlichen Anlässen und die Anregung für regelmäßige Fernsehspots zur Europäischen Union.

Im Mittelpunkt der innerverbandlichen Debatte auf dem Kongress stand die künftige Strategie der Europa-Union und ihre Rolle innerhalb der europäischen Bürgergesellschaft. In einer Arbeitsgruppe wurden die Vorschläge, die eine entsprechende Bundesarbeitsgemeinschaft vorgelegt hatte (vgl. Punkt 3.2.3), erörtert. Auf dieser Grundlage hat der Bundeskongress unter dem Titel „Mehr Europa gemeinsam gestalten: Für ein bürgernahes, transparentes und effektives Europa“ ein Strategiepapier zur Diskussion in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden der Europa-Union vorgeschlagen. Darin wird auch eine umfassende Verbandskampagne zur Darstellung des Nutzens der Europäischen Integration für die Bürgerinnen und Bürger angeregt.

Mit den Wahlen zum Präsidium hat der Kongress die personellen Weichenstellungen für die Verbandsführung in den kommenden zwei Jahren vorgenommen (vgl. Punkt 3.1.1). Weitere Wahlergebnisse: Schiedsausschuss: Peter Boldebuck (Vorsitzender), Dr. Matthias Fischer, Nicole Meßmer, Dr. Utz Remmlinger, Jens Ruge; Kassenprüfer: Werner Menzel, Holger Scharff, Albert Seiz

Mit der höchsten Auszeichnung des Bundesverbandes, die Europa-Union-Medaille in Gold mit Stern, wurde Prof. Dr. Hans-Joachim Seeler durch den Präsidenten der Europa-Union geehrt.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > Bundeskongress

3.2 Bundesarbeitsgemeinschaften

3.2.1 BAG „Verfassung“

Zu den zentralen Forderungen der Europa-Union zählt die Europäische Verfassung. Der Verband sieht es als seine Aufgabe, sich für die Fortsetzung des Verfassungsprozesses einzusetzen, diesen kritisch-konstruktiv zu begleiten, einen echten Dialog der Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern einzufordern und letzteren die Bedeutung der Verfassung für sie selbst und die Zukunft Europas nahe zu bringen.

Grundlagen für die innerverbandliche Debatte und Argumentationshilfen erstellt der Arbeitskreis „Verfassung“ unter Vorsitz von Dr. Otto Schmuck. Am 23. Juni 2006 trafen sich die Mitglieder der BAG zu einem intensiven Meinungsaustausch zur Strategie der Europa-Union angesichts der aktuellen Entwicklung in der Verfassungsfrage, die ein halbes Jahr vor der deutschen Ratspräsidentschaft durch Äußerungen der deutschen Bundeskanzlerin, des französischen Staatspräsidenten und der italienischen Regierung neuen Schwung erhalten hat. Folgende politische Stellungnahmen und Gremienbeschlüsse im Berichtszeitraum basieren auf Vorlagen und der Mitwirkung des Arbeitskreises:

- Die Europa-Union setzt sich für die Fortführung des Europäischen Verfassungsprozesses ein und unterbreitet entsprechende Vorschläge für das weitere Vorgehen. (Beschluss des Bundeskongresses vom 27.11.05)
- Die Europa-Union begrüßt, dass die Bundesregierung am dringend notwendigen Verfassungsprojekt festhält. (Presseerklärung vom 20.05.06)
- Die Europa-Union erwartet von der deutschen Ratspräsidentschaft 2007, dass der Europäische Verfassungsprozess vorangebracht wird und die Bundesregierung ein Konzept zur Annahme und Verwirklichung des Verfassungsvertrages vorlegt. (Beschluss des Präsidiums vom 28.10./6.11.06 und Beschlussvorlage für den Bundeskongress 2006)

Im Rahmen der Begleitung des Verfassungsprozesses und der Reflexionsphase zur Zukunft Europas setzt sich die Europa-Union intensiv und kritisch mit der deutschen Europapolitik und Fragen der Europakommunikation auseinander, u. a. auf dem internationalen Bürgerforum „Mehr Demokratie

gemeinsam gestalten: Für mehr Demokratie, Dialog, Diskussion“ am 20. Mai 2006 in Köln und einer Veranstaltung zu Schwerpunkten der deutschen Ratspräsidentschaft am 28.10.2006 in Berlin.

3.2.2 BAG „Die Grenzen Europas“

Die im Februar 2005 eingesetzte Arbeitsgruppe unter der Leitung von Vizepräsident Ernst Johansson hat wesentliche Vorleistungen für die Positionierung der Europa-Union zur Frage der Grenzen Europas erbracht, die in eine entsprechende Beschlussfassung auf dem Bundeskongress 2005 in Potsdam mündete.

3.2.3 BAG „Strategie“

Die Europa-Union will und wird im Prozess des Nachdenkens und des Dialogs über die Zukunft Europas eine aktive Rolle spielen. Die Europa-Union wird sich auf der Bundesebene sowie auf der Länder- und Kreisebene neben der Verfassung verstärkt Themen annehmen, welche die Bürger direkt betreffen. Ziel ist es, neues Vertrauen für das Projekt Europa zu gewinnen.

Zur künftigen Strategie der Verbandsarbeit hat das Präsidium 2005 eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Unter der Leitung von Vizepräsident Thomas Mann MdEP sind Überlegungen formuliert worden, die dem Bundeskongress in Potsdam als Diskussionsgrundlage dienen. Im Ergebnis wurde vom Kongress ein Strategiepapier vorgeschlagen, das im Rahmen einer breiten Verbandsdebatte ständig weiterentwickelt werden muss. Der Präsident der Europa-Union hat in einem Schreiben vom Dezember 2005 die Landes-, Kreis- und Bezirksverbände und den Jugendverband JEF um intensive Diskussion auf allen Ebenen und ihre Vorschläge gebeten. Im Lichte der bisherigen Debatte wird sich der Bundeskongress 2006 in Bremen erneut mit der künftigen Strategie der Arbeit der Europa-Union befassen.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > AGs und Kommissionen

3.3 Parlamentarische Arbeit

Die Europa-Union unterstützt die parlamentarische Dimension der europäischen Integration und setzt sich aktiv für den Dialog zwischen Bürgern und Parlamentariern ein. Sie hat ihre Aktivitäten im Bereich der parlamentarischen Arbeit im Berichtszeitraum verstärkt.

In der aktuellen Legislaturperiode sind 70 der 99 deutschen Abgeordneten des Europäischen Parlaments Mitglied der Europa-Union Deutschland. **Die Parlamentariergruppe der Europa-Union im Europäischen Parlament** setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, CSU, FDP, PDS und SPD. Rainer Wieland MdEP und Norbert Glante MdEP haben arbeitsteilig den Vorsitz der Parlamentariergruppe übernommen. Ziel ist es, einige Veranstaltungen im Jahr durchzuführen und die Betreuung der Parlamentarier und die Arbeit mit der Europa-Union zum gegenseitigen Vorteil zu gestalten und zu optimieren.

Am 13.12.05 trafen sich die Europa-Union-Parlamentarier in Straßburg zu einem informellen Austausch zur Europakommunikation in Deutschland. Anwesend waren auch die Leiterin des Bonner Büros der Europäischen Kommission, Barbara Gessler, und Dr. Klaus Löffler vom Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Berlin.

Am 4. September startete der neue Informationsdienst „**mein-MdEP.de**“, durch den alle 99 deutschen Europa-Abgeordneten die Bürgerinnen und Bürger zentral über sich und ihre Arbeit informieren. Der Dienst umfasst unter anderem prägnante politische Standpunkte der Parlamentarier zu ausgewählten Themen und ihr Abstimmungsverhalten in viel diskutierten Entscheidungen. „mein-MdEP.de“ steht im Zeichen der Bemühungen, die Bürgerinnen und Bürger ihren europäischen Vertretern näher zu

bringen und den direkten Austausch zu ermöglichen. Als interaktiver Dienst enthält „mein-MdEP.de“ jeden Monat ein Schwerpunktthema, über das die Bürgerinnen und Bürger mit jeweils mindestens einem fachkundigen Europa-Abgeordneten diskutieren können. (vgl. Punkt 3.4.4 und 4.6)

In Anlehnung an die EP-Parlamentariergruppe strebt die Europa-Union auch die Bildung einer Parlamentariergruppe im Deutschen Bundestag an. Etwa 100 Abgeordnete des Deutschen Bundestages sind Mitglieder der Europa-Union.

Die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit im **Parlamentarischen Forum Europas Verfassung (PVEF)** mit Abgeordneten aus vier Fraktionen und der JEF hat hierfür einen guten Grundstein gelegt. Auf einem Arbeitstreffen am 1. März 2006 mit den Mitarbeitern der Bundestagsabgeordneten, die in der 16. Wahlperiode Mitglieder im PFEV sind, wurden konkrete Schritte zur Bildung einer Parlamentariergruppe der Europa-Union im Bundestag und die weitere Planung der Parlamentarischen Foren besprochen. Im Berichtszeitraum fanden zwei Sitzungen am 18. Mai und 7. September 2006 statt (s. Punkt 4.5.), eine weitere ist noch im Dezember 2006 geplant.

Als einen ersten Startpunkt für die Fortsetzung ihrer Parlamentsarbeit in Sachen Europa mit dem neuen Bundestag initiierte und unterstützte die Europa-Union den ersten **europäischen Parlamentarischen Abend** am 30.11.05 im Europäischen Haus in Berlin. Rund 50 Bundestagsabgeordnete nutzten die Gelegenheit zum Gespräch mit Margot Wallström, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission. Neben Katrin Göring-Eckhardt MdB, Vizepräsidentin des Bundestages, war u.a. auch Staatssekretär Peter Hintze MdB anwesend. Die Europa-Union wurde als Mitorganisator des Abends vertreten durch Präsidiumsmitglied Rainer Wieland MdEP, Sprecher der Parlamentariergruppe der Europa-Union im Europäischen Parlament.

Die Internetplattform <http://www.wahlen-europa.de>, die 2005 eingerichtet wurde, dient perspektivisch der Vorbereitung auf die Europa-Wahlen 2009.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Gremien > EP-Parlamentariergruppe & Parlamentarisches Forum

3.4 Öffentlichkeits- und Medienarbeit

3.4.1. Pressearbeit

Presseerklärungen des Bundesverbandes im Berichtszeitraum:

- 27.11.05: Europa-Union: 2,4 Millionen Arbeitsplätze netto hängen an Europa
- 15.12.05: Europa-Union-Parlamentarier zur Europakommunikation in Deutschland
- 30.01.06: Studie: Europa nützt Deutschland und legt Reformbedarf offen
- 11.05.06: Brok: Es ist gut, dass Deutschland in Sachen Europa das Heft in die Hand nimmt.
- 18.08.06: Neuer Informationsdienst fördert Dialog zwischen Bürgern und Europa-Abgeordneten
- 04.09.06: Europa-Union startet Informationsdienst zum Dialog zwischen Bürgern und Europaabgeordneten
- 29.11.06: 60 Jahre Bürgerinitiative für Europa in Deutschland
- 29.11.06: 8 Thesen zur Deutschen Ratspräsidentschaft 2007

Ehrenamtlicher Pressesprecher der Europa-Union ist das Präsidiumsmitglied Marco Hardt.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Presse

3.4.2. Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“

Mit den sechsmal jährlich erscheinenden Verbandsinformationen „Europa aktiv“ erhalten die Mitglieder der Europa-Union ein ansprechendes und vorzeigbares Produkt, das dazu dient, den kommunikativen Zusammenhalt im Verband zu stärken. Es bietet ein Forum für die innerverbandliche Debatte und die Berichterstattung aus dem Bundesverband, der UEF und JEF sowie den Landesverbänden. „Europa aktiv“ spiegelt die Politik und die vielfältigen Aktivitäten der Europa-Union auf allen Verbandsebenen wider. Damit ist es nicht nur ein unverzichtbares Instrument für die verbandsinterne Kommunikation, sondern auch gut geeignet für die Außendarstellung des Verbandes. Im Internet sind alle Artikel online abrufbar. Chefredakteur von „Europa aktiv“ ist das Präsidiumsmitglied Heinz-Wilhelm Schaumann.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Europa aktiv

3.4.3. Elektronischer Newsletter

In Ergänzung zur Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“ und weiteren Publikationen und Veröffentlichungen im Printbereich wird erstmals seit Sommer 2006 ein elektronischer Newsletter herausgegeben. Er erreicht derzeit mehr als 4300 Adressaten und spricht für die Europa-Union neue Zielgruppen an. Zugleich stellt er ein ideales Medium dar, um die zeitlichen Lücken zwischen den Ausgaben von „Europa aktiv“ zu schließen.

3.4.4. Internetseiten www.europa-union.de

Unter www.europa-union.de präsentiert sich die Europa-Union Deutschland seit 2004 erfolgreich im Internet. Der öffentliche Auftritt im Netz dient der Erschließung neuer Zielgruppen, erhöht den Bekanntheitsgrad des Verbandes und bietet umfassende Informationen und zusätzliche Serviceleistungen für Mitglieder und Interessenten.

Ziel gemeinsamer Projektarbeit mit den Landesverbänden im Bereich der Internetpräsentation ist die Vernetzung der lokalen, regionalen und bundesweiten Initiativen der Europa-Union im Bereich der europapolitischen Information und Kommunikation.

Zu weiteren Maßnahmen in diesem Bereich gehört der Service www.europatermine.de, der im Rahmen eines Kooperationsprojektes mit CIFE von der Jungen Europäischen Bewegung Berlin-Brandenburg entwickelt und betreut wird. Am 18. Januar 2006 startete offiziell der erste bundesweite Kalender- und Newsletter-Service für Veranstaltungen zu Europa. Alle europarelevanten Veranstaltungen in Politik, Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft werden gebündelt und veröffentlicht. Das Projekt zeigt den Bürgerinnen und Bürgern, dass Europa vor der eigenen Haustür beginnt. Sie werden kostenlos darüber informiert, dass es Veranstaltungen gibt, die vor Ort stattfinden und an denen sie teilnehmen können. Gleichzeitig bietet sich ihnen eine Plattform, kostenlos über eigene Veranstaltungen mit europäischem Bezug zu informieren.

Zu den neuen Servicediensten, die von der Europa-Union im Berichtszeitraum realisiert werden konnten, zählt auch das Internetportal www.mein-mdep.de, das im September 2006 online ging. Die Europa-Union als Träger der Seite liefert den Bürgern einen wichtigen Informationsservice zu ihren 99 deutschen Europaabgeordneten. Zugleich hilft die Seite den Mitgliedern der Europa-Union im Europäischen Parlament, weiter an Profil zu gewinnen (vgl. Punkte 3.9 und 4.6).

① Im Internet: <http://www.europa-union.de>

3.4.5. zu Publikationen und Europa-Informationen siehe Punkt 4

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen

3.5 Generalsekretariat und Service

Ehrenamtlicher Generalsekretär der Europa-Union ist Bernd Hüttemann, hauptamtlich Generalsekretär des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland. Für das Generalsekretariat war im Berichtszeitraum neben der Bundesgeschäftsführerin, Birgit Kößling, als ständiger Mitarbeiter und Referent Christof Müller tätig.

Am 1. Juli 2006 erfolgte der Umzug der Geschäftsstelle des Bundesverbandes in neue Büros in Berlin-Mitte. In der Sophienstraße 28/29 besteht eine Bürogemeinschaft mit der Europa-Union Berlin, der Europäischen Bewegung Deutschland, der JEF Deutschland und ihrem Berliner Landesverband, der JEB.

Zu den im Berichtszeitraum hervorzuhebenden Maßnahmen und Aktivitäten des Generalsekretariats gehörten neben der Außendarstellung des Verbandes, allgemeine Serviceleistungen für Bürger, Mitglieder und Untergliederungen sowie die Unterstützung und Assistenz der Tätigkeit des Präsidenten, Generalsekretärs und anderer Präsidialmitglieder; das Finanzmanagement und die Haushaltsführung

- die Lancierung, Koordination, Betreuung und Präsentation der Aktionen auf Bundesebene (s. Punkt 4)
- die Organisation, Durchführung und finanzielle Absicherung der zentralen Veranstaltungen und Projekte des Bundesverbandes (s. Punkt 4),
- die Vor- und Nachbereitung, Organisation sowie Betreuung der Gremientagungen (s. Punkt 3.1),
- die Vor- und Nachbereitung sowie Organisation der Bundeskongresse,
- die Unterstützung der beim Bundesverband angesiedelten Kommissionen und Arbeitskreise (s. Punkt 3.2),
- die Unterstützung und Betreuung der parlamentarischen Arbeit (s. Punkt 3.3)
- Koordinierung und Realisierung von Maßnahmen und Serviceangeboten im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit (s. Punkt 3.4)
- Haushaltsführung und Akquirierung, Verwaltung und Abrechnung von Finanz- und Projektmitteln,
- die Pflege, Koordination, Entwicklung der Beziehungen und Zusammenarbeit mit der JEF, der UEF, dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und anderen Partnereinrichtungen und -organisationen.

Das Generalsekretariat hat für die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit und zur Unterstützung der Untergliederungen umfangreiche Serviceleistungen erbracht (vgl. auch Punkt 3.4.) Im Berichtszeitraum wurden rund 40 Projekte, Aktionen und Veranstaltungen realisiert - in der Mehrzahl im Rahmen der Kooperation mit CIFE. Bei mehr als der Hälfte handelt es sich um Gemeinschaftsprojekte mit den Landes- und Kreisverbänden, der JEF und der UEF. Mit diesen Veranstaltungen und Aktionen wurden bundesweit und im Rahmen internationaler Projekte nahezu zweitausend Teilnehmer angesprochen. Der Personenkreis, der über die Print- und elektronischen Medien und Servicedienste erreicht werden konnte, liegt weit höher.

Ein **Vernetzungsseminar zur Europakommunikation** wurde am 27.10.2006 in Berlin organisiert. Das Treffen sollte Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch der EUD-Landesverbände und des Generalsekretariats untereinander bieten sowie dem Dialog zwischen EUD-Landesverbänden, EBD-Landeskomitees und JEF-Sektionen dienen. Im Vorfeld der deutschen EU-Ratspräsidentschaft informierten Stefan Forester von der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Detlev Groß von der Kommunikationsabteilung im Auswärtigen Amt und Eva-Maria Rexing von der Niedersächsischen Staatskanzlei die Teilnehmer über Details der von der Bundesregierung und den Ländern während der Ratspräsidentschaft vorgesehenen Europa-Kommunikation in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und beantworteten Fragen zu lokalen Kooperationen. Generalsekretär Bernd Hüttemann, Bundesgeschäftsführerin Birgit Kößling und der Bundessekretär der JEF, Lutz Gude, informierten über die Beteiligung der Europa-Union und der JEF an der internationalen Plan-D-Kampagne „Speak up Europe“. Diskutiert wurde über konkrete Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bundesverband und Landesverbänden im Rahmen der Kampagne und bei laufenden

Ausschreibungen sowie eine weiterführende Zusammenarbeit mit der Europäischen Bewegung und den Jungen Europäischen Föderalisten.

Zur Optimierung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verbandsebenen entwickelte das Generalsekretariat einen Fragebogen, der zur einer besseren Vergleichbarkeit und Koordination beitragen soll.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Service

3.6 Mitgliederentwicklung

Der Verband zählt aktuell 16.378 Mitglieder. Damit sind im Vergleich zum Vorjahr keine prägnanten Mitgliederbewegungen zu verzeichnen. Erfreuliche Zuwachsraten können die Landesverbände Hamburg und Hessen vorweisen.

Im Verhältnis zum Landesverband Bayern haben sich im Berichtszeitraum keine neuen Entwicklungen ergeben. Initiativen zur Neubelebung der Landesverbände in Thüringen und Brandenburg und einer Neugründung in Sachsen stehen auf der Tagesordnung.

Die Entwicklung der Mitgliederbasis zählt zu den wichtigsten Eckpfeilern der Verbandsarbeit. Die Europa-Union lebt durch ihre Mitglieder: je höher die Mitgliederzahlen, desto aktiver das Verbandsleben; je breiter die Mitgliederbasis, desto mehr gesellschaftliche Gruppen, Bürgerinnen und Bürger werden erreicht und um so größer das politische Gewicht des Verbandes und seine Einflussnahme auf die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, je mehr Mitglieder, um so solider die finanziellen Grundlagen für die Arbeit auf allen Verbandsebenen. Im Bereich der Mitgliederwerbung effiziente Strategien zu entwickeln und neue Wege zu gehen, bleibt eine vordringliche Aufgabe des Verbandes auf allen Ebenen. Mit Blick auf eine Verjüngung des Verbandes müssen gemeinsam mit der JEF entsprechende Maßnahmen ergriffen werden.

3.7 Jugend/JEF

Die Kooperation mit dem Jugendverband Junge Europäische Föderalisten Deutschland ist vielfältig: Sie reicht von der inhaltlichen Zusammenarbeit in den Bundesarbeitsgemeinschaften (z. B. im Arbeitskreis Verfassung) und den Gremien der Europa-Union, über die Lancierung gemeinsamer Kampagnen („Speak up Europe“), die parlamentarische Arbeit (Zusammenarbeit beim Parlamentarischen Forum Europas Verfassung) bis zu gemeinsamen Projekten im publizistischen Bereich (Verfassungskommentar für Bürgerinnen und Bürger, www.europatermine.de) und im Rahmen der Bildungs- und Jugendarbeit (internationales Berlin-Jugendseminar etc.).

Die JEF ist in den Gremien der Europa-Union vertreten, bringt sich aktiv in die politisch-programmatische Arbeit ein und ist an den verbandspolitischen Entscheidungen beteiligt. Auf der geschäftsführenden Ebene bestanden im Berichtszeitraum gute Kontakte zwischen den beiden Bundessekretariaten, die mit dem Bezug gemeinsamer Büroräume in der Sophienstraße in Berlin noch enger geworden sind. Die Europa-Union fördert die Aktivitäten der JEF durch die Bereitstellung von Projektmitteln. Handlungsbedarf besteht vor allem in der Frage der abgestimmten/gemeinsamen Mitgliederbetreuung und der verstärkten Einbindung der Jugend in die Arbeit der Europa-Union.

Auf dem 53. Bundeskongress der Jungen Europäischen Föderalisten JEF in Hamburg wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Als Nachfolger von Christian Wenning wurde der bisherige Bundesschatzmeister Jan Schubert zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Er übernimmt damit auch den bisherigen Sitz von Christian Wenning im Präsidium der Europa-Union Deutschland. Die Nachfolge als JEF-Bundesschatzmeister tritt Henner Führer an. Unterstützt wird der neue JEF-Bundesvorsitzende von seinen Stellvertretern Karen Matzke, Thomas Heißmeyer, Helmut Kienle und Florian Pertenbreiter. Die Themen der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 werden die ersten inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte des neuen Vorstandsteams darstellen und Möglichkeiten zur Positionierung der JEF bieten.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Jugend

3.8 International

Union Europäischer Föderalisten

Die Kooperation mit unserem europäischen Dachverband manifestierte sich vor allem in folgenden Bereichen: Im Rahmen der Kampagne für eine Föderale Europäische Verfassung, die nach der Beschlusslage der UEF als Referendumskampagne ihre Fortsetzung findet, und hinsichtlich der UEF-Aktivitäten in Ost-/Mitteleuropa, die vor allem auf dem Engagement aktiver Mitstreiter und Untergliederungen der Europa-Union, insbesondere aus Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz, basieren.

Als größte nationale Mitgliedsorganisation bestimmt die Europa-Union die politische Programmatik der Gremien der UEF entscheidend mit. Im Vorstand der UEF ist die Europa-Union – seit den Wahlen auf dem UEF-Kongress in Wien im Juni 2006 – durch Heinz-Wilhelm Schaumann als Vizepräsident und Florian Rodeit als weiteres Vorstandsmitglied vertreten. Im UEF-Bundeskomitee hat die Europa-Union 14 Mitglieder und 9 stellvertretende Mitglieder.

Zwei Kooperationsveranstaltungen wurden im Berichtszeitraum mit der UEF organisiert: ein internationales Bürgerforum zum Thema „Mehr Europa gemeinsam gestalten“ am 20. Mai 2006 in Köln und die internationale Konferenz „Europa 2046 – Globale Herausforderungen, europäische Antworten“ im September 2006 in der Schweiz (vgl. Punkt 4.2.1 und 4.3.1).

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > international

3.9 Netzwerk Europäische Bewegung

Die Europa-Union ist der bürgerschaftliche und föderalistische Kern der Europäischen Bewegung, der einerseits die ehrenamtliche Europaarbeit „vor Ort“ an der Basis leistet und andererseits mit seiner programmatischen Arbeit ein wichtiger Impulsgeber für die Europäische Bewegung ist. Die Europäische Bewegung ihrerseits verschafft der Europa-Union Zugang zu Entscheidungsträgern und Kontakte zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Durch die Bürogemeinschaft in Berlin wird eine Bündelung der Kräfte und größere Effizienz der Arbeit auf Bundesebene erreicht, unter Wahrung der politischen und vereinsrechtlichen Eigenständigkeit beider Verbände. Durch die Person des gemeinsamen Generalsekretärs ist eine enge Kooperation zwischen Europa-Union und dem Netzwerk Europäische Bewegung gewährleistet.

Im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung ist die Europa-Union Deutschland durch ihren Vizepräsidenten Ernst Johansson vertreten.

① Im Internet: <http://www.europaeische-bewegung.de>

4 Aktivitäten, Projekte & Kampagnen

Die meisten Aktivitäten finden im Rahmen der „Europäischen Initiativen“ statt, eine Projektzusammenarbeit der Europa-Union Deutschland und dem Centre International de Formation Européenne (CIFE) in Nizza, finanziell gefördert durch Mittel der Europäischen Kommission. Aber auch außerhalb dieses Rahmens der Europäischen Initiativen veranstaltet die Europa-Union Deutschland in Zusammenarbeit mit ihren Landes- und Kreisverbänden Seminarreihen und Fachtagungen für Multiplikatoren sowie Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger, die der Weiterbildung dienen und den europäischen Dialog fördern. Auf regionaler und kommunaler Ebene werden die Aktivitäten maßgeblich getragen durch das ehrenamtliche Engagement der Mitglieder vor Ort.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Aktivitäten

4.1 Der Nutzen der EU für die Menschen

Initiiert vom Bundeskongress der Europa-Union 2005 in Potsdam startete Anfang 2006 die Verbandskampagne „Europa nützt uns“. Ziel ist es, den Nutzen und die Vorteile der Europäischen Integration für die Bürger darzustellen und klare Antworten und Argumente für das vitale Interesse Deutschlands an einer EU- Mitgliedschaft zu präsentieren, um die deutsche Europadebatte von Ängsten und unklaren Wahrnehmungen zu befreien.

Seit einigen Jahren wird die Europa-Debatte in Deutschland von der so genannten Nettozahler-Diskussion dominiert. Das „vitale Interesse“ eines Landes an der EU-Mitgliedschaft bemisst sich jedoch nicht nur an Nettosalzen, sondern bezieht alle wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Faktoren mit ein. Die Europa-Union Deutschland initiierte daher gemeinsam mit dem Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland eine Studie zu Kosten und Nutzen der deutschen EU-Mitgliedschaft, die von Prof. Wolfgang Wessels und Dr. Udo Diedrichs von der Universität zu Köln federführend durchgeführt wurde. Die Studie "Die neue EU: im vitalen Interesse Deutschlands?" wurde am 30. Januar 2006 in Berlin von den beiden Präsidenten der Verbände, Elmar Brok MdEP und Monika Wulf-Mathies, der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Publikation leistet einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion und fand ein breites und durchgehend positives Echo in der Presse und Öffentlichkeit. Sie ist als Broschüre erhältlich und wird als PDF-Datei im Internet angeboten. Die Verbreitung erfolgte an Institutionen und politische Entscheidungsträger, an Interessengruppen und NGO's sowie die Europa-Union-Verbände. Es erfolgte eine umfassende Presserarbeit und Berichterstattung über das Internet, die Mitgliederzeitschrift „Europa aktiv“ und die Newsletter von Europa-Union und Europäischer Bewegung.

Es fand eine Nachfolgeveranstaltung zum Thema „Europa als vitales Interesse Deutschlands – Konzepte, Kompetenzen, Kooperationen“ am 14.09.2006 im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin statt, organisiert vom Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Die thematische Einleitung in die Podiumsdiskussion erfolgte durch den Präsidenten der Europa-Union, Elmar Brok MdEP. Podiumsteilnehmer waren u. a. Dr. Joachim Wuermeling, Staatssekretär im BMWi, Dr. Dieter Spöri, Präsident des Netzwerks EBD, und Petra Rob, Generalbevollmächtigte der METRO AG, mitwirkten. Auf der Basis der Studie wurden die Fragen diskutiert, welche konkreten Ziele Europa verfolgen soll, wie diesbezüglich die Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedstaaten verteilt werden müssten und wie Wirtschaft und Zivilgesellschaft in die Entscheidungsprozesse besser integriert werden können.

Die Inhalte der Studie werden in einem zweiten Schritt in kompakter und verständlicher Form für die Arbeit der Landes- und Kreisverbände vor Ort aufbereitet und entsprechende Informationsmaterialien und Argumentationshilfen zur Verfügung gestellt (vgl. auch Punkt 4.7).

Die Europa-Union beteiligt sich an der internationalen Plan-D-Kampagne „Speak up Europe“. Die Umsetzung erfolgt ab Dezember 2006 bis August 2007 in enger Kooperation mit der Europäischen Bewegung International, der UEF, der JEF und den Landesverbänden der Europa-Union.

4.2 Internationale Projekte

4.2.1 *Wege nach Europa 2006: 22.-24.09.2006, Zürich/Hertenstein*

Aus Anlass des sechzigsten Jahrestages der sogenannten Züricher Rede von Winston Churchill am 19.09.1946 und der Veröffentlichung des Hertensteiner Programms im gleichen Monat führte die diesjährige Aktion "Wege nach Europa" in die Schweiz. Die Kooperationsveranstaltung mit dem Centre International de Formation Européenne sowie der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz und der UEF stand unter dem Motto „Europa 2046 – Globale Herausforderungen, europäische Antworten“.

1946 war für die europäische Bewegung ein entscheidendes Jahr: Im September hielt Winston Churchill an der Universität Zürich sein berühmtes Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa. Zur gleichen Zeit verfassten die europäischen Föderalisten auf einer Konferenz im Schweizer Ort Hertenstein zwölf Thesen, die als Hertensteiner Programm zum politischen Gründungsdokument der Europa-Union Deutschland wurden, die am 09.12.1946 im niedersächsischen Syke ins Leben gerufen wurde. Nach zwei weiteren Konferenzen in Luxemburg und Basel wurde schließlich im Dezember 1946 die Union Europäischer Föderalisten gegründet.

60 Jahre später wurden diese Ereignisse in Erinnerung gerufen und zugleich ihre historische Bedeutung kritisch hinterfragt: Welche Wirkung hatten Churchills Zürcher Rede und das Hertensteiner Programm auf die europäische Integration? Inwiefern sind sie als Produkte ihrer Zeit auch heute, 60 Jahre später, noch relevant?

Die Veranstaltung wurde durch Grußworte von Christa Markwalder Bär, Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz und Ulla Kalbfleisch-Kottsieper, Vize-Präsidentin der Europa-Union Deutschland, eröffnet. Anschließend analysierte Prof. Vernon Bogdanor von der Universität Oxford die viel beachtete Rede Winston Churchills, in der dieser bereits 1946 die Einigung Europas beschreibt. Die beiden folgenden Seminartage in Weggis und Hertenstein dienten den rund 120 internationalen Teilnehmern dann dazu, einen Blick in die Zukunft zu wagen und Szenarien eines Europas im Jahre 100 nach der Rede Churchills zu skizzieren. In vier Arbeitsgruppen wurden gemeinsam Zukunftsvision für die Europäische Union im Jahre 2046 entwickelt, orientiert an thematischen Leitlinien wie Ökonomie, Ökologie und Nachhaltigkeit bzw. Außen- und Sicherheitspolitik.

4.2.2 XXXVIII Nordeuropäische Gespräche, 24.-26.11.2006, Kiel

Die Nordeuropäischen Gespräche stehen in einer fast 40-jährigen Tradition einer internationalen Veranstaltungsreihe, die alljährlich in einem der Ostsee-Anrainerstaaten von der Europa-Union Deutschland und ihren Partnern durchgeführt wird und bereits in früheren Jahren vom Auswärtigen Amt unterstützt wurde. In diesem Jahr fanden die Nordeuropäischen Gespräche in Deutschland statt. Sie verfolgten das Ziel, die Zusammenarbeit der zivilgesellschaftlichen Europaakteure im Ostseeraum zu vertiefen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Erweiterungs-, Verfassungs- und Bürokratiendebatte erschien es umso wichtiger, die Bürger mit konkreten Projekten nach Europa mitzunehmen. Die Nordeuropäischen Gespräche setzten daher gezielt bei den Interessen der Ostsee-Anrainer an, die sich zunehmend als Bestandteil einer Region verstehen.

Am ersten Tag wurden zunächst die institutionalisierten Kontakte der Regionalparlamente und Nationalregierungen beleuchtet, um anschließend die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an Europa herauszuarbeiten sowie Konzepte der NGO's zur Verbesserung des Dialogs zwischen Bürgern und Politik vorzustellen.

Am zweiten Tag wurden anhand konkreter Vorgaben drei für die Ostseekooperation zukunftsweisende Themenblöcke näher beleuchtet: 1) Die feste Fehmarn Belt Querung als Brücke nach Skandinavien 2) Die Energiepolitik im Spannungsfeld von Energie- und Preissicherheit 3) Die Meerespolitik (siehe Grünbuch Meerespolitik) als Wachstumsmotor im Ostseeraum.

Am dritten Tag haben die NGO's Schritte zur weiteren inhaltlichen und organisatorischen Zusammenarbeit im Hinblick auf die Ostseekooperation verabredet. Damit hat die Konferenz auch dazu beigetragen, den Plan „D“ der Europäischen Kommission mit Leben zu erfüllen.

4.3 Zentrale Veranstaltungen

4.3.1 Europapolitisches Bürgerforum mit internationaler Beteiligung, 20.05.2006, Köln

Zum Thema „Mehr Europa gemeinsam gestalten: Für mehr Demokratie, Dialog, Diskussion“ veranstalteten Europa-Union Deutschland und Union der Europäischen Föderalisten in Kooperation mit CIFE ein international besuchtes Bürgerforum. Ein halbes Jahr vor der deutschen EU-Ratspräsidentschaft galt es „Mehr Europa zum Thema zu machen!“ Gemeinsam mit rund 80 Bürgerinnen und Bürgern diskutierten Elmar Brok MdEP, Präsident der Europa-Union Deutschland und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlament, Dr. Friedhelm Frischenschlager MdEP a.D., Generalsekretär der Union der Europäischen Föderalisten, Barbara Gessler, Leiterin der regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Axel Schäfer MdB, Europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vizepräsident der Europäischen Bewegung Deutschland, sowie Kristina Weich-Hondrila, Managerin euractiv.de.

4.3.2 *Europapolitisches Forum, 28.10.2006, Berlin*

Zwei Monate vor Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wurden im Rahmen einer Veranstaltung im Europäischen Haus in Berlin die europapolitischen Herausforderungen und die Erwartungen an die deutsche Politik diskutiert. Elmar Brok MdEP machte in seiner Einführung deutlich, dass die deutsche Ratspräsidentschaft zugleich Chance und Aufgabe darstelle, deutsche und europäische Politik zu verbinden. Peter Altmaier MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, erläuterte in seinem Referat die Themen der deutschen Ratspräsidentschaft und die Arbeitsziele der Bundesregierung. Inhaltliche Schwerpunkte seien Verfassung, Einwanderung und Terrorismusbekämpfung. Er zeigte sich optimistisch, dass ein Konsens für den Verfassungsvertrag erreicht werden kann. Soviel Europa war noch nie in einer Bundesregierung, so Altmaier. Ziel sollte es sein, am Ende der Präsidentschaft alle deutschen Bundesminister als Mitglieder der Europa-Union gewonnen zu haben. An die Ausführungen der Redner schloss sich eine rege Diskussion an, in der die Teilnehmer ihre Erwartungen an die deutsche Europapolitik formulierten.

4.4 Regionale Veranstaltungen, Seminare und Aktionen

4.4.1 *Komm mit nach Europa – Regionalkonferenzen*

Mit der Veranstaltungsreihe „Komm mit nach Europa – Gemeinsam gestalten wir die Zukunft“ will die Europa-Union Deutschland in Kooperation mit dem Centre Internationale de Formation Européenne angesichts der aktuellen Herausforderungen an die Europäische Union verstärkt und dezentral europäische Themen diskutieren, um nachhaltig das Vertrauen der Bürger in die Institutionen der Europäischen Union zurückzugewinnen und ein europäisches Bewusstsein zu schaffen.

4.4.1.1 *Die sozialpolitische Dimension der Europäischen Union im 21. Jahrhundert, 10.12.2005, Worms*

Mit der Veranstaltung sollten insbesondere Vertreter von Sozialverbänden, Multiplikatoren und Entscheidungsträgern aus dem Bereich der Sozialpolitik und auch an Sozialpolitik im allgemeinen Interessierte angesprochen und für Europa sensibilisiert werden.

Thomas Mann MdEP referierte in seinem Vortrag über die sozialpolitische Agenda der EU für die Jahre 2005 bis 2010 und unterstrich dabei die dringende Notwendigkeit, die Europäische Integration fortzusetzen und dies ohne Rücksicht auf ökonomische Interessen. Die EU bestünde derzeit aus 25 Mitgliedsstaaten mit unterschiedlichen Sozialsystemen, Werten und Kulturen. Europa könne nur erfolgreich zusammenwachsen, wenn die Bürger mitgenommen werden. Michael Breuer, Nordrhein-Westfalens Europaminister, betonte, dass an der Verfassung kein Weg vorbei führe und die EU ein Sozialmodell benötige, welches sich auf gemeinsame Werte stütze. Aber, Europa müsse sich nicht um alles kümmern. Subsidiarität sei das Schlüsselwort zur effektiven Umsetzung.

Beiden Vorträgen schlossen sich engagierte Diskussionsrunden mit zahlreichen Fragen und interessanten Redebeiträgen an. Im abschließenden Rundgespräch wurde deutlich, dass die Europa-Union mit dem Thema Sozialpolitik ein neues Arbeitsfeld habe, welches von immenser Bedeutung für Europa und den Erfolg der Europäischen Integration sei. Die Konferenzteilnehmer waren fast übereinstimmend der Auffassung, dass eine Verbesserung der sozialen Situation der Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten zu einer höheren Akzeptanz Europas führen würde.

4.4.1.2 *Energiepolitik in der Europäischen Union, 16.09.2006, Mayen*

Multiplikatoren aus der Region sowie Vertreter des RWE und kommunaler Energieorganisationen waren zusammengekommen, um über die aktuellen Fragen der Energiepolitik aus regionaler Sicht zu diskutieren. Als Experten standen den Teilnehmern der Leiter der Abteilung Energie, Atomaufsicht und Strahlenschutz im rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, MinDir Dieter Wolf, sowie der parlamentarische Geschäftsführer der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Dr. Werner Langen MdEP, zur Verfügung.

Dieter Wolf bezeichnete die Energiepolitik als die wichtigste Herausforderung der Menschheit für die Zukunft. Er betonte, dass aus Sicht von Rheinland-Pfalz künftig verstärkt auf nachhaltige Konzepte gesetzt werden müsse, in deren Mittelpunkt Effizienz und Verbraucherfreundlichkeit zu stehen hätten. Dr. Werner Langen betonte, dass wir einen breiten Energiemix benötigen, der alle Energieträger und Technologien umfassen müsse. Er sei sich sicher, dass es bei einer vollständigen energiepolitischen Kompetenz der EU zu mehr Wettbewerb und somit zu verbraucherfreundlichen Kosten von Energie kommen würde. Beide Referenten stellten sich einer engagierten und interessanten Diskussion, an deren Ende zwar offen blieb, ob Kernenergie weiterhin eine Zukunft haben solle, aber alle sich einig darüber waren, dass künftig mehr denn je bei allen Energietechnologien verstärkt auf Forschung und deren Förderung zu setzen sei.

4.4.1.3 Entwicklungs- und Friedenspolitik der Europäischen Union, 01.10.2006, Limburg

Auch wenn das Risiko groß sei, dass der Teufelskreis aus Aufbau und Zerstörung in manchen Entwicklungsländern nicht zu durchbrechen zu sein scheint, sehe er keine Alternative zur Fortsetzung der deutschen und auch der europäischen Entwicklungspolitik, sagte Staatssekretär Erich Stather aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf der Regionalkonferenz der Europa-Union Deutschland, die in Kooperation mit dem Kreisverband Limburg und dem Centre International de Formation Européenne stattfand.

25 Teilnehmer aus Hessen und Rheinland-Pfalz waren für einen Tag zusammengekommen, um sich mit dem Thema „Europa - Frieden und Entwicklungspolitik“ zu beschäftigen. Staatssekretär Stather machte deutlich, dass es nicht immer einfach sei, die Politik auf diesem Gebiet innerhalb der 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf einen Nenner zu bringen, dennoch sei das Engagement Europas ein großer Beitrag zum Frieden auf dieser Welt. Immerhin seien die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zusammen die größten Geber weltweit in diesem Bereich. Während Deutschland mit 75 Ländern zusammenarbeitete erreiche die Europäische Union insgesamt etwa 140 Länder. Die deutsche Entwicklungspolitik lege heutzutage besonders viel Wert auf die Förderung von Bildung ebenso wie auf die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen. Allerdings spielten sicherheitspolitische Überlegungen seit Beginn der 90er Jahre eine besondere Rolle, ebenso wie die Schwerpunkte Demokratie, Menschenrechte und Stabilität. Stather zeigte sich besonders zufrieden mit dem neuen Denkansatz in der deutschen Entwicklungspolitik, der die Bundeswehr, das BMZ und die Nicht-Regierungsorganisationen vor Ort eng miteinander verknüpft und daneben auch eine Regionen bezogene Zusammenarbeit vorantreibt. Auch auf europäischer Ebene gäbe es einen Konsens, militärische und zivile Zusammenarbeit in Krisenregionen zu stärken.

Einig waren sich die Konferenzteilnehmer, dass die Mittel für eine auf Dauer erfolgreiche Entwicklungspolitik erheblich gesteigert werden müssten. Es sei auch deutlich geworden, dass eine Übertragung der Kompetenz für Entwicklungspolitik auf die europäische Ebene die Effizienz erhöhe und die globale Rolle der Europäischen Union erheblich stärken würde.

Im Jahr 2006 sind noch drei weitere Regionalkonferenzen geplant.

4.4.2 **Regionale Veranstaltungen, Seminare Aktionen und Schülerarbeit in Kooperation mit CIFE, den Gliederungsverbänden der Europa-Union und der JEF**

- *Europa: Politische Union am Ende? Bilanzen und Ausblicke, Sankelmark, 10./11.03.2006*
- *Plan D für mehr Demokratie, Dialog, Diskussion - eine Zwischenbilanz - Fachkräftetagung, Rust b. Freiburg, 19.-21.05.2006*
- *Regulierungswut in der EU - Wahrheit oder Mythos?, Tübingen, 23.06.2006*
- *Europäisches Jahr der Arbeitnehmermobilität – Fachkräftetagung, Wien, 23.-25.06.2006*
- *Warum Kultur, warum Europa? Deutsch-Polnisches Seminar, Ueckermünde, 01.-03.09.2006*
- *Wo liegen die Grenzen Europas?, Quedlinburg, 11.09.2006*
- *Herausforderungen der Europäischen Sicherheitspolitik, Halle/Saale, 19.09.2006*
- *Unser Ziel: Die Europäische Verfassung, Detmold-Lippe, 23.09.2006*
- *Europäisches Wirtschaftsforum, Wittenberg, 10./11.10.2006*
- *Europäische Seniorenbildungswoche, Waren/Müritz, 17.-20.10.2006*
- *Die Europäische Union - unsere Zukunft, Worms, 21.10.2006*
- *Europäisches Jahr der Chancengleichheit – Fachkräftetagung, Berlin, 03.-05.11.2006*
- *Europäisches Jahr der Arbeitnehmermobilität – Länderpräsentation Portugal, Geilenkirchen, 10.11.2006*

Schülerarbeit

- *Europatag am Tillenberg - regionales Schultreffen, Tillenberg, 05.05.2006*
- *Vielfalt entdecken - Partnerschaft leben - landeszentrales Preisträgertreffen Europäischer Wettbewerb, Bacharach, 30.05.2006*
- *Jugendbegegnung Preisträger Europäischer Wettbewerb, Straßbourg, 03.07.2006*
- *Demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger in der EU – Schülerworkshop, Neumünster, 10./11.10.2006*

4.5 **Parlamentarisches Forum Europas Verfassung**

Das Parlamentarische Forum Europas Verfassung (PFEV) ist ein Projekt im Rahmen der Projektzusammenarbeit mit CIFE. Es wird von der Europa-Union Deutschland und ihrem Jugendverband JEF getragen und organisatorisch und inhaltlich von den beteiligten Bundestagsabgeordneten unterstützt. Das PVEF bietet in regelmäßigen Abständen einen intensiven Austausch zum Europäischen Verfassungsprozess. Die Treffen finden im Bundestag statt und stehen Abgeordneten sowie Vertretern von Bundesregierung, den Ländern und der Wissenschaft offen.

4.5.1 *Bulgarien und Rumänien auf dem Weg in die EU, 18.05.2006, Berlin*

Erstmals luden die neuen Mitglieder des Parlamentarischen Forums Europas Verfassung Dr. Diether Dehm MdB, Gunther Krichbaum MdB, Markus Löning MdB, Michael Roth MdB und Rainer Steenblock MdB zu einer Veranstaltung in der neuen Legislaturperiode ein. Nur zwei Tage, nachdem die EU-Kommission durch die Verschiebung der Bekanntgabe eines endgültigen Beitrittsstermins den Verhandlungsdruck noch einmal erhöht hatte, lautete das Thema aus aktuellem Anlass: "Bulgarien und Rumänien auf dem Weg in die EU". Als Gesprächspartner standen zur Verfügung Bogdan Mazuru, Botschafter von Rumänien, Dr. Meglena Plugtschieva, Botschafterin der Republik Bulgarien, und Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

Die Botschafterin der Republik Bulgarien, erinnerte die Zuhörer in ihrem Impulsvortrag daran, dass das weitere Vorliegen der als „red flags“ bezeichneten kritischen Punkte auch darauf zurückzuführen sei, dass

die Ansprüche an die Beitrittskandidaten mit jeder Erweiterungsrunde der EU stiegen. Zum anderen zeigen sich die Auswirkungen der verabschiedeten Reformen erst schrittweise mit deren Implementierung und seien nicht immer sofort sichtbar.

Auch der Botschafter von Rumänien wollte den Abschluss des Integrationsprozesses nicht allein am erhofften Beitrittsdatum, dem 1. Januar 2007, festmachen: Rumänien sei sich dessen bewusst, dass die Reformen auch die Zeit danach in Anspruch nehmen werden. Man sei aber optimistisch, da sowohl der politische Wille als auch die Unterstützung durch die Bevölkerung gegeben seien.

Dr. Gerhard Sabathil, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, stellte klar, dass der Fortschrittsbericht als „gelbes Licht“ einen Ansporn zur Beseitigung der noch vorhandenen Probleme darstelle, die durchaus nicht nur technischer Natur seien, sondern im Falle Bulgariens teilweise handfeste politische Mängel bedeuteten.

4.5.2 Die EU-Finanzreform, 07.09.2006, Berlin

Auf Einladung von Rainer Steenblock MdB diskutierten rund 90 interessierte Teilnehmer gemeinsam mit der ehemaligen EU-Kommissarin Michaele Schreyer und Peter Becker von der SWP über mögliche Reformen der EU-Finzen.

Das harte Ringen der Staatschefs bei der diesjährigen Haushaltsdebatte der EU hat gezeigt, wie wichtig eine Neudefinierung des Kriterienkatalogs im Bereich der Finanzen im Europa der 25 geworden ist. Angesichts der Tragweite dieser Herausforderung für die zukünftige Handlungsfähigkeit einer EU, die im Zuge der Erweiterungsprozesse und zunehmender Kompetenztransfers immer mehr finanzieller Ressourcen bedarf, beschäftigte sich das Parlamentarische Forum Europas Verfassung am 07.09.2006 mit dem heiklen Thema der Finanzierung der EU. Schließlich sollen die nationalen Parlamente als traditionelle Inhaber der Budgethoheit in die Verhandlungen über den zukünftigen Finanzrahmen der EU in Form von interparlamentarischen Konferenzen mit eingebunden werden und spielen somit eine Schlüsselrolle. Um dem Rechnung zu tragen, wurde diese Grundsatzdebatte auch vom PFEV aufgegriffen und in ihren beiden Dimensionen, sowohl der Problematisierung einer Umgestaltung der Einnahmesituation als auch einer möglichen Schwerpunktverlegung auf der Ausgabenseite, beleuchtet und diskutiert.

4.6 www.mein-mdep.de

Mit „mein-MdEP.de“ (vgl. Punkt 3.3 und 3.4) intensiviert der Bundesverband in seiner Arbeit weiter die parlamentarische Dimension der europäischen Integration. Ziel ist es, den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Abgeordneten zu fördern und zugleich für einen verstärkten Austausch zwischen Abgeordneten der Parlamente auf Länder, Bundes- und Europaebene zu sorgen. Hierzu ist nicht zuletzt die Mitgliedschaft von 70 der 99 deutschen Europaabgeordneten in der Europa-Union Deutschland eine gute Voraussetzung. Als überparteilicher Verband mit starker Präsenz auf regionaler und lokaler Ebene und durch ihren direkten Zugang zu den wichtigen politischen Akteuren ist die Europa-Union für eine solche Mittlerposition zwischen Bürgern und Abgeordneten prädestiniert. Zu diesem Zweck ist der Bundesverband kontinuierlich bestrebt, seine Vernetzung mittels einer umfangreichen Datenbank, die neben den Parlamentariern insgesamt mehr als 14.500 relevante EU-Akteure umfasst, zu verbessern.

Zeitgleich mit dem Start des Dienstes diskutierten im Europäischen Haus in Berlin Michael Cramer MdEP (Die Grünen/EFA), Inge Kaufmann (DGB), Holger Kraemer MdEP (FDP/ALDE), Willem Noë (Kommissionsvertretung) und Matthias Thorns (BDA) über das erste Schwerpunktthema „Welches Wirtschafts- und Sozialmodell braucht Europa?“.

Die Diskussion wurde durch Grußworte von Elmar Brok MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und Präsident der Europa-Union Deutschland, sowie von Axel Schäfer MdB, europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Vize-Präsident des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland, eröffnet. Elmar Brok betonte die Notwendigkeit des neu geschaffenen Services für Europa-Abgeordnete. Axel Schäfer äußerte die Hoffnung, dass der Informationsdienst dazu beitrage, das Gerede von „denen in Brüssel“ zu beenden.

Der Onlinedienst „mein-MdEP.de“ ist ein Projekt der Europa-Union Deutschland e.V. mit Unterstützung von europa einfach e.V. und wurde mit Mitteln des Europäischen Parlaments finanziell gefördert.

4.7 Europa-Informationen und Publikationen

Neben der Studie „Die neue Europäische Union: im vitalen Interesse Deutschlands“ wurden im Berichtszeitraum folgende Projekte realisiert bzw. vorbereitet:

4.7.1 In Europa für Europa - Wegweiser für Berufseinsteiger, die Europa mitgestalten wollen

Die Publikation der Europa-Union Deutschland und des Theodor-Heuss-Kollegs der Robert Bosch Stiftung, die im Rahmen der Kooperation mit CIFE herausgegeben wurde, will deutlich machen, welche Herausforderungen und Chancen die Entwicklung der Europäischen Union und die Gestaltung der Beziehungen zu ihren Nachbarn jungen Menschen bietet. Berufseinsteiger, die Europa zu ihrem Beruf machen wollen, und darin auch ihre Berufung sehen, stehen im Mittelpunkt.

Die Broschüre ist auch als download über das Internet erhältlich.

4.7.2 Flyer „Parlamentarierarbeit der Europa-Union Deutschland“

Es wurde ein vierfarbiger Flyer erstellt, der über die Aktivitäten der Europa-Union im Rahmen ihrer Parlamentarierarbeit informiert und für den Einsatz in der breiten Öffentlichkeitsarbeit geeignet ist.

4.7.3 Materialien für die Basisarbeit im Rahmen der Kampagne „Europa nützt uns“

Im Rahmen der Nachbereitung der Studie „Die neue EU: im vitalen Interesse Deutschlands?“ wurde eine Zusammenfassung erstellt, die im Internet veröffentlicht wurde. In Vorbereitung ist ein allgemeines Faltblatt in Anlehnung an den Flyer zur Parlamentarierarbeit und kopierfähige Handzettel zu den Einzelthemen.

4.8 Internetnetzwerk

4.8.1 www.europa-union.de

Als wichtiges Instrumentarium für die europapolitische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union wurde die Internet-Präsenz des Verbandes im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und verbessert mit dem Ziel,

- die Öffentlichkeitswirkung des Verbandes als europäische Bürgerinitiative zu erhöhen,
- neue Zielgruppen zu erschließen,
- interaktive Möglichkeiten der Information und Kommunikation anzubieten und
- den Zugang zum gesamteuropäischen Kontext zu erleichtern.

Verbunden mit einer Steigerung des Bekanntheitsgrades und einem Imagegewinn für die Europa-Union ist ein höherer Stellenwert als wesentlicher Bestandteil der pro-europäischen Kräfte der Zivilgesellschaft in Deutschland.

Im Rahmen dieses Aufbaus eines Netzes von Internetkorrespondenten arbeiteten Europa-Union und Europäische Bewegung konzeptionell, technisch und inhaltlich zusammen. In diesem Zusammenhang wurde erstmals ein online-newsletter entwickelt, der einmal im Monat mehr als 4300 Adressaten über die Aktivitäten des Bundesverbandes informiert. Vgl. Punkt 3.4.3

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen

4.8.2 www.europatermine.de

vgl. Punkt 3.4.

4.8.3 www.mein-mdep.de

vgl. Punkt 3.3 und 4.6

4.8.4 www.verfassung-europa.de (*Verfassungskommentar*)

Dies ist die Homepage zum ersten deutschen Taschenkommentar zur Europäischen Verfassung, siehe 4.5.2. Der von der Europa-Union herausgegebene Taschenkommentar ist im April 2004 in erster Auflage im W. Bertelsmann Verlag erschienen und leider vergriffen. Seit August 2005 ist die 2. aktualisierte und erweiterte Auflage auf dem Markt und wird unter anderem über diese Webseite vertrieben. Hier können sich Bürger umfassend über den Kommentar informieren, sie erfahren, wer hinter dem Buch steht und können sich einen ersten Überblick über den Verfassungstext verschaffen.

① Im Internet: <http://www.europa-union.de> > Politik > Publikationen